

Kriegsversehrte und Witwen: Bundesregierung bleibt bei Renten für SS-Soldaten vage

Marion Trimborn



SS-Soldaten 1939 bei einem Aufmarsch. Foto: dpa

Osnabrück. Seit Monaten wird öffentlich darüber diskutiert, dass Deutschland offenbar früheren SS-Soldaten im Ausland immer noch Rente zahlt - und das seit Jahrzehnten. Um wieviele Fälle es geht, ist offen. Die Bundesregierung nennt nun erstmals eine Zahl für Belgien.

Unter den in Belgien lebenden Empfängern von deutschen Kriegsofferzahlungen und Renten befindet sich mindestens "ein ehemaliges Mitglied der SS". Das schreibt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken, die unserer Redaktion vorliegt. Sie bezieht sich damit auf die zuständige Behörde im Landschaftsverband Rheinland. Insgesamt würden in Belgien noch 18 Menschen solche Rentenzahlungen nach dem Bundesversorgungsgesetz bekommen. Gesamtzahlen zu den ehemaligen SS-Angehörigen nennt die Bundesregierung nicht, weil die Länder dafür zuständig seien und zudem aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht ermittelt werden dürfe, ob unter den Rentenbeziehern ehemalige Angehörige der Waffen-SS seien.

Gesetz regelt die Ansprüche

Das sogenannte Bundesversorgungsgesetz (BVG) regelt unter anderem Ansprüche von Ausländern etwa in den Niederlanden oder Belgien, die sich als ausländische Kämpfer im Zweiten Weltkrieg der Waffen-SS anschlossen. Viele von denen, die den Krieg überlebten, kamen mit Verletzungen zurück von der Front in ihre Heimatländer. Diesen Männern zahlt Deutschland bis heute Rente. Außerdem wird die Zeit des Militärdienstes und etwaiger Kriegsgefangenschaft rentenrechtlich als Ersatzzeit anerkannt. Ungeachtet dessen, dass die SS nach dem Krieg als verbrecherische Organisation eingestuft wurde. Etwa 2000 Empfänger gibt es noch weltweit.

Empfänger sind Kriegsversehrte und Witwen

Nach Angaben der Bundesregierung bekommen derzeit noch 998 Beschädigte, also Kriegsversehrte, monatlich im Schnitt eine Zahlung von 311,78 Euro. Zusätzlich erhalten 936 Hinterbliebene, zumeist Witwen, monatlich Schnitt 471,59 Euro. Unter diesen Menschen befindet sich eine unbekannte Zahl an SS-Veteranen oder deren Witwen. [Im Ausland wird das immer wieder kritisiert](#). Zuletzt forderte eine Parlamentsinitiative in Belgien, die Zahlungen an einzustellen und die Namen der Empfänger offenzulegen. Denn die erhalten das Geld bislang offenbar steuerfrei.

Kritik von Linken

Die Linke kritisiert, dass Deutschland sich bei der Versorgung von Nazi-Kollaborateuren "äußerst großzügig" zeige. So seien die durchschnittlichen monatlichen Leistungen in etwa so hoch wie für jüdische Überlebende, die im Schnitt 415 Euro monatlich erhielten. Andere NS-Opfer wie etwa Zwangsarbeiter seien mit Einmalzahlungen abgespeist worden.

Jelpke: "Schändliches Kapitel"

Die innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Ulla Jelpke, sagte: "Für seine Kollaborateure hat Deutschland in der Vergangenheit gut gesorgt, weit besser als für seine Opfer. Dieses schändliche Kapitel der deutschen Geschichte ist noch immer nicht abgeschlossen." Sie habe absolut kein Verständnis dafür, dass deutsche Behörden "sich bis heute schützend vor Nazihelfer stellen". Jelpke forderte eine wissenschaftliche Untersuchung, um den Umfang der staatlichen Leistungen, die an frühere Kollaborateure im Ausland gingen, aufzuarbeiten.

Nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hatten sich aus Belgien rund 8000 Wallonen und 10 000 Flamen freiwillig in den Dienst von Wehrmacht oder Waffen-SS gestellt.